

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Bestellung durch die Austräger vierteljährlich 6,00, monatlich 2,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengelegte Poststelle oder deren Raum 90 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 90 Pfg., sonstige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer ab dem 1. bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37.

Freitag, den 13. Februar 1920.

27. Jahrg.

Ein Rechenexempel.

Der Zeitpunkt der Neuwahlen steht noch nicht fest. In Preußen wird, wie Ministerpräsident Siroch jüngst in Köln erklärt hat, erst gewählt werden, wenn die Demokratisierung zeitlos durchgeführt ist. Auch im Reich wird es noch einige Zeit dauern, ehe man zur Wahlurne schreiten kann. Noch fehlen die Gesetze über die Wahl des Reichspräsidenten und der Nationalversammlung, noch sind die Volksabstimmungen nicht vollzogen, noch sind die Gefangenen längst nicht alle heimgeführt. „Unabhängige“ und Deutschnationalen drängen ungehört auf einen frühen Wahltermin, weil sie sich von der neuen Wahl eine Stärkung ihrer Mandatszahl erhoffen. Aber gerade die alten Konservativen haben nicht das Recht, den unerbittlich strengen Demokraten zu spielen, sie, die früher das Volk möglichst überhaupt nicht wählen ließen. Und wäre es nach den Wünschen der „Unabhängigen“ gegangen, dann hätten wir heute noch nicht zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung gewählt, denn sie wollten ja schon damals die Festlegung der Grenzen, die Rückkehr der Gefangenen, den vollendeten Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens und eine ganze Menge anderer schöner Dinge abwarten, ehe sie wählen ließen. Aber die demokratische Mehrheit wird wählen lassen, sobald die Konstituante ihre allerwichtigsten Aufgaben erledigt hat.

Und bei diesen Neuwahlen wird die Opposition tatsächlich gewinnen. Alle Wahlergebnisse der letzten Zeit zeigten einen erheblichen Rückgang der Stimmen der drei Regierungsparteien und ein starkes Anwachsen der Anhängerzahl der extremen Opposition rechts und links. Trotzdem können wir uns schwer vorstellen, was sich Deutschnationalen und „Unabhängigen“ eigentlich von dem Ausgang neuer Wahlen versprechen.

Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung hatten die drei Mehrheitsparteien rund 24 Millionen, die drei Oppositionsparteien, „Unabhängige“, Volksparteiler und Deutschnationalen, rund 6 Millionen Stimmen. Die Mehrheitsparteien können bis zu neun Millionen Stimmen verlieren, ohne dadurch regierungsunfähig zu werden. Ein so ungeheurer Verlust der drei Mehrheitsparteien scheint uns nicht übermäßig wahrscheinlich. Selbst die Optimisten unter den Deutschnationalen und unter den „Unabhängigen“ werden kaum annehmen, daß es diesen Parteien gelingen könnte, ihre Stimmenzahl zu verdreifachen. Das aber müßten sie ungefähr erreichen, um die gegenwärtigen Regierungsparteien sicher aus der Macht zu verdrängen.

Aber angenommen selbst, daß die jetzigen Mehrheitsparteien die Mehrheit verlieren, daß also der künftige Reichstag etwa so aussähe: 100 „Unabhängige“, 100 Deutschnationalen, 50 Volksparteiler, 80 Sozialdemokraten, 80 Zentrum und 40 Demokraten, was hätten die Oppositionsparteien dann damit erreicht? Die Rechte hätte keine Mehrheit, mit der sie regieren könnte, die Linke hätte erst recht keine Mehrheit, und so einzig Deutschnationalen und „Unabhängigen“ heute im Haß gegen die demokratische Republik und in der Unterwürfung des Wirtschaftslebens sind, so unfähig wären sie zweifellos zu einer Koalition, zu irgend einem gemeinsamen positiven Schaffen auch bescheidensten Umfangs. Da schließlich das Land aber doch regiert werden muß, müßten die drei Mehrheitsparteien weiter regieren, auch wenn sie keine gesicherte Mehrheit im Parlament mehr hinter sich hätten. Denn wem anders sollten sie die Regierung übertragen?

Nun braucht aber eine parlamentarische Regierung, um bestehen zu können, als Grundlage unbedingt eine Mehrheit. Eine Zeitlang würden wahrscheinlich bei den entscheidenden Abstimmungen abwechselnd die Rechtsparteien und die „Unabhängigen“ sich der Stimme enthalten und dadurch verhindern, daß die Regierung in die Minderheit gerät und stürzt. Aber schließlich wäre dieser Zustand auf die Dauer doch wohl zu unsicher, und dann könnte letzten Endes ein solcher Wahlausfall auf nichts anderes hinauslaufen als darauf, daß die Volksparteiler mit in die Regierungsmehrheit einträten. Die Stresemann-Leute wären gewiß lieber heute als morgen bereit, ihren Frieden mit der Republik zu machen, wenn sie nur wieder ein Stück Macht dafür eintauschen könnten. Sie würden ihren Monarchismus als theoretisches Schaustück in den Silberschrank stellen, und es sich einstweilen in der Republik so behaglich wie möglich machen — die Alliierten in Frankreich, d. h. diejenigen französischen Monarchisten, die ihren Frieden mit der Republik gemacht haben, bieten das entsprechende Beispiel.

Ein Ausfall der nächsten Wahlen, welcher die „Unabhängigen“ und die Deutschnationalen stark anschwellen ließe, hätte also nur den Erfolg, die Regierung automatisch nach rechts zu drücken. Wir leben nicht mehr in der Zeit des alten Obrigkeitstaates der Hohenzollern, in der es die Sozialdemokratie sich gestatten konnte, sich bei jeder Wahl zu zählen. Damals hatte das keine politischen Folgen und wirkte höchstens unmittelbar berart, daß ein erhebliches Anschwellen der sozialistischen Stimmenzahl die Herrschenden in Angst versetzte und sie zu Zugeständnissen an die Arbeiter bereit machte. Heute bedeutet Wahl der Volksvertretung zugleich Wahl der Regierung. Eine Stärkung der regierungsunfähigen „Unabhängigen“ würde deshalb lediglich ein Wachstum für die Rechtsparteien sein. Das muß den „Unabhängigen“ rechtzeitig klar gemacht werden, damit sie nicht durch die nächsten Wahlen flug werden.

Ein neues russisches Friedensangebot an Polen.

Aus Warschau wird gemeldet: Polen wurden neue Friedensanerbietungen gemacht. Sie stammen diesmal vom allrussischen Zentralkomitee der Sowjets, das an das polnische Volk ein Manifest richtet und es auffordert, die Vorschläge, die ihm von der Regierung in Moskau gemacht wurden, mit Vertrauen entgegenzunehmen.

II. Warschau, 13. Februar. In Warschauer politischen Kreisen herrscht darüber Mißstimmung, daß die Moskauer Regierung kurz nach der Absendung des Friedensangebotes an Polen ein zweites Manifest an die polnische Arbeiterchaft gerichtet hat. Nach Ansicht der polnischen Regierung stellt dies ein Agitationsmittel dar, welches in keiner Weise dem Ernst der Frage des Friedensschlusses entspricht.

Die Sozialisten gegen den neuen Dreiverband.

Der „Manchester Guardian“ meldet, daß auf Einladung der belgischen Sozialisten in London in den nächsten vierzehn Tagen eine Zusammenkunft von belgischen und französischen Sozialisten sowie Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei stattfinden soll, um gegen den neuen Dreiverband Frankreich, England und Belgien zu protestieren.

Die Note an Holland

Aus London wird gemeldet: Die neue Note der Alliierten an Holland in der Frage der Auslieferung des Kaisers ist Donnerstag von dem Premierminister fertig gestellt und abgeschickt worden.

Bereits bestrafte Kriegsverbrechen.

Eine Frage des „Temps“ und eine Antwort des Reichsjustizministers.

Der regierungsoffizielle französische „Temps“ schreibt: „Wenn die Alliierten sich veranlaßt sehen, die Auslieferung der Schuldigen zu verlangen, und wenn sie sich genötigt sehen, auf der Erfüllung des Artikels 228 zu bestehen, so fällt die Verantwortung dafür in vollem Umfange auf die Reichsregierung. Welchen Eifer haben die deutschen Behörden gezeigt, um die Urheber der Deportation, der Plünderungen und anderer Verbrechen, deren Zeuge die ganze Welt ist, zu bestrafen? Fünfzehn Monate nach der Revolution, die das kaiserliche Regime gestürzt hat, wartet man noch auf den ersten Prozeß.“

Gegenüber dieser Kritik ist von besonderem Interesse, was der Reichsjustizminister Schiffer in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ sagte. Auf die Frage, ob denn Kriegsverbrechen in der Vergangenheit überhaupt noch nicht von deutscher Behörden verfolgt und geahndet worden seien, erwiderte der Reichsjustizminister:

„Dies ist im großen Umfange geschehen. Natürlich hat man davon bisher nicht viel in die Öffentlichkeit gebracht, weil dazu keine Veranlassung vorlag. Ich habe aber Anstalten getroffen, um das sehr reichlich vorliegende Material, das von der scharfen Rechtspflege unserer Behörden gerade auf diesem Gebiete Zeugnis ablegt, zu sammeln und zur Verfügung zu halten.“

Auch wir würden es für wünschenswert erachten, wenn der Öffentlichkeit eine Uebersicht über die bereits während des Krieges erfolgten Abhandlungen von Kriegsverbrechen gegeben wird. Während des Krieges hat die Zensur alle Mitteilungen darüber verboten.

Internationaler Gewerkschaftsbund und Auslieferungsfrage.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an das Internationale Gewerkschaftssekretariat in Amsterdam folgendes telegraphische Ersuchen gerichtet:

Herrn J. Dudgeest, Amsterdam.
„Entente fordert von Deutschland Auslieferung von tausend Heerführern und Zivilbeamten zwecks Bestrafung wegen angeblicher Kriegsvergehen. Deutsche Regierung hat bei Friedensschluß erklärt, daß Erfüllung solcher Forderung unmöglich. Keine Regierung Deutschlands kann sie erfüllen. Wendet Entente trotzdem Zwangsmahregeln an, besteht Gefahr, daß Erregungsjahren unserer Revolution verloren gehen. Nachwirkung auf neutrale Staaten, England und Frankreich unabsehbar. Vorstand I.-G.-B. (solte auf Appleton**) und Jouhaux†) einwirken, daß Entente Forderung zurückzieht.“

*) I.-G.-B. = Internationaler Gewerkschaftsbund in Amsterdam. **) Vorsitzender des englischen und †) Vorsitzender des französischen Gewerkschaftsverbandes.

Die Not in Mitteleuropa.

Der Völkerbund soll helfen.

Zur wirtschaftlichen Lage Mitteleuropas erläßt das Bureau des Internationalen Gesellschaftsbundes folgende Rundgebung:

„In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der mitteleuropäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, sowie in Rücksicht auf den Ernst der Lage und die dringende Notwendigkeit, raschestens Abhilfe zu schaffen, lenkt das Bureau des Internationalen Gesellschaftsbundes die Aufmerksamkeit des Völkerbundes, dessen Aufgabe es ist, den durch den Krieg grausam geprüften Völkern zu Hilfe zu kommen, auf diese Situation.“

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt, daß der Völkerbund, indem er in diesem Sinne handeln würde, einen Beweis seiner menschlichen und internationalen Gesinnung erbringen und seine moralische Autorität in den Augen aller Völker befestigen würde.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in der festen Zuversicht, daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit in diesen besonders ernsten Fällen in ihrem vollen Umfange gehört wird, beauftragt daher seine Delegierten im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeiterrates in Paris mit aller Kraft der Ueberzeugung zu handeln.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wendet sich an die Völker Westeuropas und Amerikas, damit diese insbesondere durch das Organ ihrer Gewerkschaftsorganisation die nötigen Schritte bei ihrer Regierung veranlassen, um rasche Maßnahmen für die Lebensmittelversorgung herbeizuführen und auf diese Weise die Aktion des Völkerbundes zu unterstützen.“

Versammlungsverbot im besetzten Oberschlesien.

Infolge der Zwischenfälle beim Einzug der Alliierten wurde von den Verwaltungsbehörden jede öffentliche Versammlung unterlag. Politische Plakate müssen den Abstimmungsbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden. Jede Person, die sich einer Beleidigung der alliierten Vertreter schuldig macht, wird von einem aus Vertretern der Alliierten gebildeten Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

Enver Pascha.

Der Mailänder Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß nach einem Bericht der italienischen „Epoca“ Enver Pascha sich jetzt in Turkestan geltend macht. Er ist dort bereits seit einiger Zeit beschäftigt, um eine Armee von 100 000 Türken aufzustellen, um Bagdad zu befreien. Sein Hauptquartier befindet sich in Tashkent, wo sich ein Kriegsgefangenenlager von Tschecho-Slowaken, Oesterreichern, Ungarn und Türken befindet. Seit der Niederlage der bolschewistischen Truppen scheint er bei der Zusammenziehung der türkischen Kriegsgefangenen und der Aushebung von Männern der türkischen Bevölkerung freie Hand gehabt zu haben. Er hat erklärt, daß sein Ziel ein großer Bund mit den verschiedenen mohammedanischen Ländern in Turkestan, Daghestan, Aserbeidschan, Mesopotamien und Bagdad ist, mit der Hoffnung, mit der Zeit in Afghanistan, Arabien, Syrien und Ägypten vorzudringen. Viele Führer sind aus Konstantinopel geflüchtet, um sich ihm anzuschließen, u. a. Nubi Pascha, der aus Batum den Engländern entflohen und Envers Truppen in Taghestan organisierte. Er hat bereits Verbände am Kaspischen Meer befestigt. Halib Pascha ist gleichfalls aus dem Gefängnis in Konstantinopel geflüchtet, um einen türkisch-arabischen Widerstand in Mesopotamien zu organisieren. Gemeldet wird, daß die bolschewistischen Enver Pascha in seinen Unternehmungen unterstützen und daß Trojks Mutter als Vermittlerin zwischen den Russen und Enver auftritt. Enver wird auch von einem nationalistischen Komitee in Sivas unterstützt, das vor kurzem sein Hauptquartier nach Ungora verlegte.

Der Helfferich-Prozeß.

II. Berlin, 12. Februar. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde zunächst Kommerzienrat Berger als Zeuge weiter vernommen. Der Zeuge sagt nun aus, daß er über den Eintritt Erzbergers in den Aufsichtsrat nach seiner ersten Festnahme mit Erzberger nicht mehr gesprochen habe. Er sei an Erzberger erst wieder herangetreten, nachdem der Abgeordnete Erzberger als Aufsichtsratsmitglied der Generalversammlung vorgeschlagen war. Helfferich stellt daraufhin fest, daß nach dem Protokoll über die Vernehmung des Kommerzienrats Berger in der Voruntersuchung dieser damals über die Sitzung im Aufsichtsrat am 28. April 1917, die also vor der Fällung des Schiedspruches stattfand, ausgelegt habe: „... daher war es meine Absicht, daß der Abgeordnete Erzberger Mitglied des Aufsichtsrates werden möge. Ich trug diese meine Absicht dem Aufsichtsrat vor und begründete sie ausführlich. Mehrere Mitglieder waren durchaus gegen die Wahl. So beschloß die Mehrheit des Aufsichtsrates, Herrn Erzberger in der Generalversammlung, die mehrere Wochen danach stattfinden sollte, zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen. Die Wahl ist daraufhin erfolgt.“

Der Zeuge Kommerzienrat Berger, bemerkt hierzu, daß es wohl möglich sei, daß über die Angelegenheit gesprochen wurde, jedoch sei ein bindender Beschluß in dieser Sitzung nicht gefaßt worden.

Darauf wird Regierungsbaumeister Grabst vernommen. Ueber die Beziehungen des Kommerzienrats Berger zu dem Abgeordneten Erzberger befragt, führt der Zeuge aus: „Daß er in den Jahren 1914 bis Januar 1917 Geschäftsführer bei der Bergbau-Tiefbau-A.-G. war. Es habe damals ein reger Meinungsaustausch zwischen dem Abgeordneten Erzberger und Kommerzienrat Berger stattgefunden, und zwar in dem Bureau des Abgeordneten Erzberger. Dem Zeugen ist es aber nicht bekannt, ob die Schriftsätze in der Klagesache gegen das Kanalamt dem Abgeordneten und Schiedsrichter Erzberger vorher vorgelegt wurden. Schon lange Zeit vor Erzbergers Eintritt in den Aufsichtsrat“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Vorkünftig keine Reichstagswahl.

Eine Berliner Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß die Wahlen im Juni stattfinden sollen. Auf Grund unserer Informationen können wir mitteilen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, bei den heutigen außerordentlich schwierigen Verhältnissen der auswärtigen Politik keine Gelegenheit genommen und keinen Anlaß hat, gerade im Augenblick eine derartige Entscheidung zu fällen. Die Reichsregierung wünscht selbstverständlich, daß die Wahlen sobald stattfinden, als es irgend möglich ist. Aber sie hat in der letzten Zeit, und vor allem in den letzten Tagen soviel große Sorgen, daß das Kabinett sich mit der Frage der Ausschreibung der Reichstagswahlen tatsächlich nicht beschäftigt hat. Die Lösung Berliner Zeitungen über die Wahlen im Juni lauten deshalb zum mindesten den tatsächlichen Beschlüssen des Kabinetts voraus.

Mitwirkung eines Gelehrtenwurfes über den Volksentscheid.

Als Ausführung zu der Reichsversammlung wird, wie der Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ hört, beim Reichsministerium des Innern ein Gelehrtenwurf über den Volksentscheid und über das Volksbegehren ausgearbeitet. Beide Vorhaben werden noch in dieser Session an der Nationalversammlung gelangen.

Für die Südküste des Mittelmeerkanals.

Die Mittwoch in der Handelskammer in Leipzig zahlreich versammelten Vertreter thüringischer Länder, Städte, Handelskammern und Vereine sprachen sich einmütig für die Südküste des Mittelmeerkanals aus, gleichzeitig aber auch für die alsbaldige Kanalisierung der Saale, den Bau des Elster-Saale-Kanals und den Bau der geplanten Saale-Sal-Sperre.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erscheint wieder.

Die „Leipziger Volkszeitung“ darf wieder erscheinen. Die Angestellten und Arbeiter der Zeitung haben Klage auf Bezahung der ausstehenden Löhne eingereicht, da die Aktiengesellschaft sich geweigert hat, die ausgefallenen Wochen zu vergüten.

Die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ teilt ihren Lesern mit, daß sie wegen Papiermangels möglicherweise einige Tage nicht erscheinen können.

Der Prozeß Kessel weiter verläuft.

Der Gesundheitszustand des Hauptmanns von Kessel hat sich weiter verschlechtert. Es ist zum Fieber noch Gelenkrheumatismus hinzugekommen, und es dürfte deshalb die Verhandlung, die für heute angelegt war, auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Es ist auch sehr leicht möglich, daß das Kriegsgericht sich jetzt für unzulänglich erklärt, so daß Hauptmann v. Kessel dann dem Schwurgericht überwiesen werden müßte.

Generalkrieg in Blauen.

Donnerstag früh ist in Blauen (Vogtl.) ein Generalkrieg ausgebrochen. Sämtliche Fabriken feiern zum Protest gegen den Einzug der Truppen, der erfolgte, weil in den nächsten Tagen Prozesse gegen einige im Lager Streitgebiet verhaftete Kommunisten stattfinden und deshalb Anruhen befürchtet werden. Ferner soll gegen das Verbot der „unabhängigen“ „Volkszeitung“ für das Vogtland Protest erhoben werden. Voraussichtlich werden sich auch die Zeitungsleser an dem Ausstand beteiligen.

Kleine politische Nachrichten.

Das Wehrkommando in Königsberg teilt mit: Der Memelgau ist von den deutschen Truppen völlig geräumt. Der neue Grenzschutz südlich des Memelflusses ist von ihnen eingenommen worden. Ein französisches Bataillon traf Donnerstag in Memel ein, wo bereits auch ein französischer Kreuzer und ein englischer Zerstörer einliefen.

Die amerikanische Regierung verständigte die litauische Nationalversammlung, daß sie die litauische Selbstständigkeit nicht anerkennen könne.

Am 16. Februar tritt, wie die „N. N.“ erfahren, General Dupont an der Spitze der interalliierten Grenzkommission in Danzig ein. Die aus zwölf Mitgliedern bestehende Kommission hat die Aufgabe die deutsch-polnische Grenze festzusetzen.

Wahrscheinlich berichten aus Thorn, daß bis jetzt über 5000 Deutsche die Stadt verlassen haben. Besonders Beamte und Arbeiter wandern nach dem deutschen Westen aus.

Infolge des Landarbeiterstreiks ist über den Preis Puhig der Ausnahmezustand verhängt worden.

Sonnenfeld jun. und die mit ihm gleichfalls noch Soldat tüchtig gewordene Gertrud Salsad (die Kronzeugen in der Starzangelegenheit) werden, wie die „N. N.“ erfahren, am 19. d. M. in Cronau der deutschen Behörde übergeben werden.

Die sozialistische Partei in Elßah-Lothringen hat bei der Regierung in Paris gegen die Verschickung der elßahischen Rekruten nach innenfranzösischen Garnisonen sowie gegen die fortwährende Verwendung schwarzer Truppen in Elßah-Lothringen protestiert. Marshall Koch hat indessen die Zustimmung der Kolonialtruppen aus dem Elßah abgelehnt.

Der Gemeinderat von Weh hat einstimmig beschlossen, gegen den früheren, wegen seiner Deutschfeindlichkeit bekannten Bürgermeister Frevel gerichtliche Vorzugehen, weil er beim Verkauf von Gelände an die Stadt diese um einen großen Betrag hintergangen hat.

Nach einer Meldung des „Matin“ sind in Saarburg schwere Unruhen ausgebrochen. General Wirbel verhängte den Belagerungszustand.

Durch Dekret ist in Frankreich der Verkauf von Badewaren während zweier Tage in der Woche verboten. Die Auslieferung von Kohlen an Tanklokale ist ebenfalls verboten.

Aus London wird gemeldet, daß die Besprechungen der Ministerpräsidenten der Alliierten in London Donnerstag früh begonnen haben.

Eine große irische Kundgebung fand in der Donovon „Aberri-Hall“ statt. Es wurden Forderungen für die Anerkennung der irischen Republik und für die Freilassung der gefangenen Sinnfeiner gefordert.

Oesterreich.

Der Ausstand in der Antebrotfabrik beigelegt.

Der Ausstand in der Wiener Antebrotfabrik ist Donnerstag mittig beigelegt worden. Der nichtorganisierte Arbeiter, dessen Entlassung die Organisierten gefordert hatten, wurde beurlaubt. Die endgültige Einigung wird durch das Einigungsamt erfolgt. Die Arbeit wurde nachmittags wieder aufgenommen. Durch Verhandlungen wird eine Verminderung der Brotverforgung in dieser Woche verhindert.

Rumänien.

Eine Verschwörung in Siebenbürgen aufgedeckt. Nach amtlichen Bureaufeldmeldungen ist in dem von den Rumänen besetzten Groß-Waradein eine Verschwörung aufgedeckt worden, an der eine Reihe ungarischer Persönlichkeiten aus jener Gegend beteiligt sein soll. Die Verschwörung richtete sich gegen die rumänische Herrschaft in Siebenbürgen. Mehrere Personen, insbesondere drei hohe Offiziere, sind von den Rumänen zum Tode verurteilt, andere mit langjährigen Zuchthausstrafen bedacht worden.

Schweiz.

Ein neuer Bundesrat.

Die Bundesversammlung wählte mit 124 von 159 Stimmen den bürgerlichen Einigungslandbiden, Nationalrat Heinrich Cherein von Frauenfels (Thurgau) zum Bundesrat als Nachfolger des zurückgetretenen Bundesrat Calonder, dem die Regierung herzlichste Worte des Dankes für die geleisteten Dienste widmete.

Frankreich.

Der neue Kammerpräsident.

Die Kammer wählte Donnerstag Raoul Peret mit 372 von 405 Stimmen zum Präsidenten der Kammer.

Holland.

Ein Clearinghouse in Holland?

Dem „Nieuwe Courant“ zufolge finden augenblicklich Besprechungen über die Errichtung eines Instituts in den Niederlanden statt, das den Zweck verfolgt, den Warenaustausch der Niederlande mit anderen Ländern möglichst unter Vermeidung der Barzahlung stattfinden zu lassen. Durch dieses Institut würde ein Clearing (sprich: Kiring, was so viel bedeutet wie Ausgleichs- oder Abrechnungsstelle) ins Leben gerufen werden, wobei die einzufließenden und auszufließenden Waren gegeneinander nach ihrem Wert verrechnet werden. Es sei davon die Rede, dieses Institut in Amsterdam zu errichten und Bureaus in verschiedenen Auslandsstaaten zu unterhalten. An den vorbereitenden Besprechungen nahmen niederländische Importeure und Exporteure teil.

Soffentlich kommt das Institut, das sehr segensreich wirken könnte, zustande. Die deutsche Regierung hätte angeht des lastatropischen Ausverkaufs Deutschlands durch den schlechtesten Zustand schon längst auf ein derartiges Verfahren dringen müssen.

England.

Ein Homerulenkentwurf der englischen Arbeiterpartei.

Der Wortlaut des Gelehrtenwurfes für die Homerule wird demnächst veröffentlicht werden, und es ist infolge dessen anzunehmen, daß die irische Frage im Unterhause sofort nach der Aussprache über die Antwortadresse auf die Thronrede in Angriff genommen wird. Die Arbeiterpartei hat ebenfalls einen Entwurf ausgearbeitet, wonach Irland den selbständigen Kolonien gleichgestellt und England nur die auswärtige Politik und das Kriegs- und Marineministerium behalten wird. Die Rechte der Minderheit in der Grafschaft Ulster sollen in einem Optionsrechte gewahrt bleiben. Die Arbeiterpartei schlägt als provisorische Lösung die Einberufung eines irischen Parlaments auf Grundlage der im Jahre 1914 angenommenen Homerule vor, die bekanntlich nicht in Kraft getreten ist. Dieses Parlament würde die Rolle einer Konstituante haben und eine provisorische Exekutive ernennen, die den militärischen Statthalter von Dublin ersetzen würde.

Dieser Vorschlag wird dem Kongreß der englischen Gewerkschaften zur Annahme unterbreitet werden, der in den nächsten Tagen zusammentritt und gleichzeitig aber auch als Grundlage für die Amendements dienen, die die Arbeiterpartei zu dem Homerulenkentwurf der Regierung einreichen wird.

Die Verstaatlichung der Bergwerke abgelehnt.

Bei der Unterhausdebatte über die Antwortadresse auf die Thronrede lehnte Lloyd George den Antrag der Arbeiterpartei, in dem die Verstaatlichung der Bergwerke gefordert wird, ab. Auf die Drohung mit der „direkten Aktion“, erklärte Lloyd George, die direkte Aktion bedeute die Herrschaft einer bevorrechteten Minderheit, und dagegen werde die Regierung bis zum Tode kämpfen. Der Antrag der Arbeiterpartei über Verstaatlichung der Bergwerke wurde schließlich mit 329 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Afrika.

Neuwahlen in Südafrika.

Das südafrikanische Parlament wurde nach einer Meldung der „Times“ aus Kapstadt aufgelöst. Am 10. März finden Neuwahlen statt.

Bereinigte Staaten.

Die allgemeine Wehrpflicht abgelehnt.

Trotz einer dringenden Mahnung Wilsons, die allgemeine Wehrpflicht zu beschließen, hat das Repräsentantenhaus einen dahingehenden Antrag mit 106 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Fünf amerikanische Torpedoboote gesunken.

Nach einer Mitteilung aus Washington sind fünf amerikanische Torpedoboote zwischen den Bermuda-Inseln und der virginischen Küste gesunken. Amerikanische Zerstörer gingen zur Hilfeleistung ab.

Der sozialdemokratische Kandidat für die Präsidentschaftswahl.

Dem „Daily Herald“ wird aus Washington berichtet: Die sozialdemokratische Partei gibt bekannt, daß sie beschlossen hat, Eugen Debs als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu bezeichnen. Als Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten hat die amerikanische sozialdemokratische Partei Mich Cantel Dhare, die sich mit Eugen Debs gegenwärtig im Gefängnis befindet, aufgestellt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 13. Februar.

Der Bürgerauschuss gab in seiner außerordentlichen Versammlung folgenden Anträgen des Senats seine Zustimmung: Fortbau der 4591,91 M. auf die Ausgaben des Rührer-Postreiters für das Wirtschaftsjahr 1919. — 4000 M. für eine neue Pumpenanlage auf dem Stadgut Krummsee. — Landverkauf an den Kranführer Sobirey und an den Watermeister Schumann in Rüditz (3 M. das Quadratmeter). — Landverkauf an den Tischler Steffens, Eismühlstraße 34a (8 M. das Quadratmeter). — 975 M. als Nachbewilligung für die Fortverwaltung. — 1750 M. für einen Köhrensbrunnen in Rüditz. — Zur Mitgenüßung empfahl der Bürgerauschuss folgende Anträge: Aufnahme der ständigen Angehörigen in den Beamtenbesoldungssatz. — 42 700 M. als Verstärkung der Mittel für das Katasteramt.

es unter den übrigen Beamten offenes Geheimnis gewesen, daß Erzberger in den Ausschussrat eintraten solle. Er selbst und auch andere Kollegen hätten es für vorteilhaft für die Firma gehalten, wenn Erzberger weiter als Schiedsrichter tätig war, als in den Ausschussrat einzutreten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, wie die Gesellschaft mit der Schiedsrichterlichen Tätigkeit Erzbergers zureichen war, erklärt der Zeuge im Gegensatz zu den früheren Aussagen des Kommerzienrats Berger, daß die Firma mit der Tätigkeit Erzbergers außerordentlich zufrieden war. Jedenfalls verhält sich der nun ihm erteilte Schiedspruch, gemessen an den Schiedsprüchen in früheren Prozessen, wie Tag und Nacht.

Der nächste Zeuge, Baurat Morgenstern, war im Jahre 1914 bis 1917 Vorstandsmitglied der Berger Tiefbau-N.G. Er erklärt zu der Frage, weshalb der Abgeordnete Erzberger als Schiedsrichter gewählt wurde, daß ein Vorstandsmitglied Herr Kommerzienrat Berger auf Erzberger aufmerksam gemacht habe, weil er in der Budgetkommission sich sehr der Kanalbaufragen angenommen habe. Es könnten auch die Interessen der Firma von dem einflussreichen Abgeordneten Erzberger den Beamten des Kanalamtes gegenüber besser vertreten werden, als von irgendjemandem anderen. Der Zeuge bestätigt die Auffassung des Vorsitzenden, daß sich die Beamten des Kanalamtes in der Vertretung der Rechte des Amtes durch Herrn Erzberger einschließen ließen. Die Beziehungen des Kommerzienrats Berger zu dem Abgeordneten Erzberger haben nach der Ansicht des Zeugen das übliche Maß weit überschritten, das zwischen einer Partei und dem Schiedsrichter sonst zu bestehen pflegt.

Auf die Frage des Oberstaatsanwaltes, ob der Zeuge den Eindruck gehabt habe, daß Kommerzienrat Berger den Abgeordneten Erzberger als Schiedsrichter beeinflussen wollte, erwiderte der Zeuge, daß er nach seiner persönlichen Auffassung davon überzeugt war. Bereits im August oder September 1915 hat Kommerzienrat Berger dem Zeugen von der beabsichtigten Wahl Erzbergers in den Ausschussrat Mitteilung gemacht. Auch dieser Zeuge ist der Auffassung, daß das Schiedsgerichtsurteil für die Firma günstig war. Des ferneren erklärt der Zeuge, daß Erzberger schon vor Übernahme des Ausschussratsmandats für die Firma in dem Umfange eines Ausschussratsmitgliedes tätig war. U. a. sei der Zeuge von Kommerzienrat Berger zu einer Rücksprache mit General von Wrisberg in das Kriegsministerium entsandt worden, um die Aufhebung des seinerzeit erlassenen Ausschließungsverbotes zu erreichen und Befangelegenheiten zu besprechen. Dabei habe ihm Kommerzienrat Berger erklärt, daß General v. Wrisberg durch den Abgeordneten Erzberger bereits auf sein Gesuch vorbereitet sei.

Von Geheimrat Gordon wird festgestellt, daß der Zeuge in Anfriden mit Kommerzienrat Berger aus der Gesellschaft ausgeschlossen sei, was der Zeuge jedoch bestritt.

Hierauf wird der frühere Justizminister Peter Spahn als Zeuge vernommen, der seine Aussagen jedoch mit so leiser Stimme macht, daß er im Zuhörerraum fast unverständlich bleibt. Er gibt Auskunft über das Eintreten Erzbergers für die Kanalbaufragen in der Budgetkommission.

General von Oibershausen, der frühere Chef des Feldpostamtes, macht als Zeuge davon Mitteilung, daß beim Kriegsministerium die Verleihung des Eisernen Kreuzes am weiß-schwarzen Bande für Kommerzienrat Berger vorgeschlagen wurde und der Eingabe ein empfehlendes Schreiben Erzbergers beigegeben war.

Der Reichsfinanzminister erklärt hierzu, daß er von den verschiedensten Seiten wegen Verleihung des Eisernen Kreuzes angegangen worden sei.

Auf die Frage Helfferichs, warum die Firma Berger wieder zu Arbeiten an Feldbahnen hinzugezogen wurde, erwiderte General von Oibershausen, daß sei auf eine Eingabe des Kriegsministeriums hin geschähen. Der Zeuge hat das Gefühl, daß die Eingabe des Kriegsministeriums auf die Einwirkung Erzbergers zurückzuführen war. Es sei der einzige Fall gewesen, daß das Kriegsministerium für eine Firma intervenierte. Hierauf gibt Ministerialdirektor von Jönquieres ein Bild von den Verhandlungen in der Budgetkommission in Sachen der Kanalbauten. Der Zeuge hat es besonders unangenehm empfunden, daß ein Abgeordneter, der als unparteiischer Schiedsrichter in einem Streit zwischen dem Kanalamt und verschiedenen Unternehmern fungiert hat, nun als Abgeordneter in den Parlamentarischen Verhandlungen in so hervorragender Weise gegen das Kanalamt Stellung nahm. Der Abgeordnete Schiffer, der gleichfalls als Schiedsrichter tätig war, habe sich in einem ähnlichen Falle vollkommen zurückgezogen aufgeführt. Er, v. Jönquieres habe darauf den Abgeordneten Spahn gefragt, ob er es für richtig halte, daß ein Abgeordneter ein Schiedsrichteramt bekleidet und zugleich als Parlamentarier gegen eine der Parteien in so hervorragender Weise Stellung nimmt. Dr. Spahn habe sich durchaus der Meinung des Zeugen angeschlossen und um den Namen des Abgeordneten gebeten, den er, Jönquieres, darauf genannt habe.

Geheimrat von Gordon fragt den Zeugen, wie er zu seiner Auffassung gekommen sein konnte, da der Abgeordnete Erzberger vor der erwähnten Kommision am 11. Februar 1914 überhaupt nicht als Schiedsrichter im Kanalbau tätig gewesen sei. Der Zeuge erklärt, daß er sich aus den Akten Aufzeichnungen gemacht habe, wonach mehrere Prozesse, in denen Erzberger als Schiedsrichter gewirkt habe, zum Teil schon 1911 begonnen wurden.

Finanzminister Erzberger kann sich nicht mehr genau auf die einzelnen Fälle erinnern, was Helfferich zu der Bemerkung veranlaßt, ob denn der Abgeordnete Erzberger ein so intensives Gewerbe als Schiedsrichterstätigkeit gemacht habe, daß er sich auf Einzelheiten nicht mehr erinnern kann.

Hierauf tritt um 11 Uhr eine kurze Pause ein.

Die beiden nächsten Zeugen, die nach der Pause vernommen werden, können über die Person des Herrern in die Wiederankommungskommission und über die Wiederaufhebung der Sperre gegen Berger nichts Näheres ausagen. Inszenur Koch erklärt, daß er wiederholt als Sachverständiger und Schiedsrichter tätig gewesen ist. Er habe auch die Firma Aron Müller gegen das Kanalamt vertreten. Die Frage der Einigung für Schiedsrichter werde verschiedentlich behandelt. Entweder erhält der Schiedsrichter einen bestimmten Prozentsatz des Objektes, oder es wird eine bestimmte Summe im voraus vereinbart. Den Abgeordneten Erzberger hat der Zeuge deshalb als Schiedsrichter vorgeschlagen, weil es nach seiner Meinung von Vorteil war, daß auch die Abgeordneten Einfluss in die Praxis der Behörden gewannen, bei der Vergebung von Aufträgen, die oft an zivilrechtlichen Verträgen grenzte. So sei z. B. bei der Vergebung von Arbeiten durch das Kanalamt Ziel die Bodenbeschaffenheit, entgegen der Feststellungen des Amtes, als leichter angegeben worden, damit die Baukosten für die Baggerarbeiten geringere Summen forderien. Zeuge habe diese Praxis auch in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der Budgetkommission zur Sprache gebracht. Die Abgeordneten wären durch genaues Einbild in die Verhältnisse am besten in der Lage gewesen, für eine Verringerung dieser Dinge zu wirken. Aus diesem Grunde seien auch andere Abgeordnete als Schiedsrichter tätig gewesen, u. a. auch Geheimrat Fäßbender. Es sei übrigens sehr schwer gewesen, Schiedsrichter zu bestellen, da das Kanalamt die Schiedsrichter die einmal angenommenen des Amtes gekündigt hätten, in der Regel für jede Fälle ablehnte, auch wenn es sich um anerkannte Autoritäten handelte.

Der Schwiegersohn des Geheimrats Berger, der zum Teil die Schriftsätze in der Klage gegen das Kanalamt aufgesetzt hat, erklärt, daß es nach seinem Wissen ausgeschlossen war, daß der Abgeordnete Erzberger vorher Kenntnis von dem Inhalt dieser Schriftsätze erhalten hätte. Die persönlichen Beziehungen des Kommerzienrats Berger zu dem Abgeordneten Erzberger während seiner Schiedsrichterlichen Tätigkeit seien nicht als Inhalt zu bezeichnen.

Nach der Verlesung der sehr umfangreichen Protokolle über die Verhandlungen im Fall Berger wird die Verhandlung auf Freitag mittig 10 Uhr vertagt.

89 350. Mt. als Verklärung der Mittel für die Gerichtshaus-Verwaltung. — 1950 Mt. als Verklärung der Mittel für das Gerichtsvollziehungsamt. — Schaffung einer Vermessungsingenieur- und einer Geometerstelle beim Katasteramt. — 276 000 Mt. als Baubehälterzuschuß an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein. — Der Entwurf über die Hafensanftalt wurde an die Kommission zurückverwiesen. — Für den Verkauf der Grundstücke Bäderstraße 17 an den Kaufmann W. Meyer wurde die Bestätigung wegen zu niedrigen Kaufpreises abgelehnt.

Das Reisen wird teurer. Die Direktion der Lübeck-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft teilt mit, daß vom 1. März ds. Js. ab die Fahrge-, Gepäck- und Gepäckzuschläge um 100 Prozent erhöht werden.

Schlingeneinstellung im Schlachtgewerbe. Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Kein Beruf leidet so unter den Folgen des Krieges wie das Schlachtgewerbe. In Friedenszeiten fanden in diesem Beruf 140 000 Personen Lohn und Arbeit. Von diesen waren 70 513 Gesellen und 22 623 Lehrlinge, also auf einen Lehrling drei Gesellen. Dieses Verhältnis hat sich während des Krieges noch erheblich verschlechtert. Die Zahl der Lehrlinge hat erheblich zugenommen. Die Zahl der Gesellen hat sich im Oktober 1919 um 120 000 Personen vermindert. In 120 Städten wurden 1913 beschäftigt 30 886 Gesellen. Im Oktober 1919 wurden 8282 Gesellen beschäftigt. Der Rest ist arbeitslos oder hat in anderen Berufen Arbeit gefunden. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind keineswegs besser. In Holsteinischen Städten sind von 80 bis 100 vor dem Krieg beschäftigten Gesellen seit langem keine mehr beschäftigt. Die Entwicklung zum Großbetrieb bringt es mit sich, daß auch im Schlachtgewerbe immer mehr ungelernete Kräfte beschäftigt werden. Die Möglichkeit, selbständig zu werden, wird ebenfalls erschwert. Die Folge ist, daß für längere Zeit die vorhandenen Gesellen nur zu einem geringen Teil im Beruf Arbeit erhalten können. Die Zahl der Schlachtungen beträgt heute kaum ein Fünftel derjenigen im letzten Friedensjahre. Aus all diesen Gründen haben Handwerkskammern, Innungen und Gewerkschaften sich mit der Einschränkung der Lehrlinge beschäftigt. In Sachsen hat das Wirtschaftsministerium eine Verordnung erlassen, wonach 1920 im höchsten Maße 50 Prozent der Lehrlinge in früheren Jahren eingestellt werden dürfen. Die Handelskammer in Regensburg hat beschlossen, daß in diesem und im nächsten Jahre keine Schlachtlehrlinge eingestellt werden dürfen. Das beweist, daß die Verhältnisse sehr schlecht sind. Angehts der Mollate des gesamten Schlachtberufes möchten wir an alle Eltern, Vormünder und Vorgesetzten die dringende Mahnung richten: „Haltet eure Kinder vom Schlächterhandwerk fern.“ Es gibt in den nächsten Jahren nur für eine geringe Zahl Arbeit. Auskult in allen diesbezüglichen Fragen wird bereitwillig im Bezirksamt des Schlächterverbandes, Landwerstraße 23 II, erteilt.

Nordschleswiger, die sich für die Abtötung in der 2. Zone am 14. März nicht gemeldet haben, müssen ihre Anträge bis spätestens 16. Februar morgens bei den hiesigen Meldestellen einreichen.

Riesige Heringsfänge sind, wie der „Gen.-Anz.“ berichtet, im Laufe des letzten Tages wieder in der Lübecker Bucht gemacht worden. Abends lagen noch 14 Boote voll Heringe im Travemünder Hafen. Und der Preis!

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Schleswig-Holstein, Lübeck. In der Schützenhalle in Neumünster hielt am Dienstag der Gau Lübeck seinen Gau-tag ab. Erschienen waren 41 Delegierte, der Gauvorstand war durch fünf seiner Mitglieder vertreten, außerdem nahmen teil zwei Bezirksvorsitzende und zwei Mitglieder des Hamburger Gauvorstandes als Gäste. Der letzte Gau-tag fand im Februar 1914 in Flensburg statt. Aus Sandersleben war vom dortigen Männergesangsverein ein Begrüßungsschreiben eingegangen, in welchem der Verein seine Freude über die Gründung des Bundes bezeugte. Aus dem Bericht des Gauvorstandes war folgendes zu entnehmen: Der Krieg hat in den Reihen der Gaumitglieder 216 Opfer gefordert. Auch seinen Vorsitzenden Magnusen hat der Gau durch den Tod verloren. Dem Gau sind 64 Vereine angeschlossen. Männerchöre sind 48 mit 2334 aktiven und 1867 passiven Mitgliedern, Frauenchöre 9 mit 742 aktiven Mitgliedern, gemischte Chöre 6 mit 255 aktiven Mitgliedern vorhanden. Was die musikalische Leistung der Vereine betrifft, so ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß weit mehr als früher sich gute Kräfte, besonders aus Lehrkreisen, zur Verfügung stellen, wodurch das künstlerische Niveau der Vereine gehoben wird. Die Gaukasse wies bei einer Einnahme von 3411,09 Mt. und einer Ausgabe von 3139,61 Mt. einen Bestand von 271,48 Mt. auf. In der sich an den Bericht anschließenden Aussprache wurde lebhaft der Zusammenschluß von Vereinen zu großen Leistungsfähigen Chören betont und die Bedeutung des Gesanges als Mittel zur Förderung der Bildungsbefreiungen für die arbeitende Bevölkerung hingewiesen. Das nächste Gaujüngertreffen soll in Lübeck stattfinden. Der Bundesvorstand soll zur Herausgabe zeitgemäßer Liederbücher und guten Liedermaterials für Frauenchöre verpflichtet werden. Die Bundes-Generalversammlung, die in Kassel stattfindet, soll durch 2 Delegierte besucht werden. Zur Förderung der Agitation sollen die Bezirke neu eingeteilt werden. Zum Vorort wurde Neumünster wieder bestimmt, zum Vorpräsidenten B. Jahn und zum Kassierer H. Groth wieder gewählt.

Das Abpfücken von Röhren. Die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 6. Februar betr. das Abpfücken von Zweigen veranlaßt mich, an dieser Stelle das Publikum, besonders die Eltern zu ermahnen, ihre Kinder scharf anzuhalten, im Sinne der Bekanntmachung zu handeln. Kaum fangen die Haselnußsträucher und Weiden an, ihre Röhren zu treiben, so nützt sich der Spatzergänger darauf und reißt alles herunter. Besonders aber mühte das Polizeiamt den Gärtnern und Kranzbindern verbieten, Röhren zu verwenden. Wie ich aus Erfahrung weiß, wird schon jetzt von diesen Kreisen nach den Röhren gesucht. Den Sicherheitsorganen wird es immer schwer fallen, die Übeltäter an Ort und Stelle zu ertappen. Verhindert man aber den gewerblichen Vertrieb der Röhren in jeder Art, wird man dem Übel besser begegnen. Die erwähnte Bekanntmachung müßte also in diesem Sinne erweitert und dann auch scharf durchgegriffen werden. Jeder Naturfreund und vor allem auch jeder Anker würde sich darob freuen. C. Heuer, Moorgarten.

Travemünde. Einen Vorstoß gegen die Behörde für Travemünde unternahm der Verein Travemünder Einwohner am Donnerstag unter Führung von Dr. Rehder. Lehrteter behauptete, daß früher durch die Großzügigkeit einzelner Gönner der Ort mächtig gefördert sei, daß er aber seit der Eingemeindung in Lübeck vernachlässigt werde. Dann wurden verschiedene Klagen über die Fehlführung, Primatbedeantakt, Mangel an Bedürfnisanstalten usw. vorgebracht und behauptet, daß die Lübecker Finanzbehörde über den Kopf der Travemünder Behörde Verfügungen treffe. Vom grünen Tisch aus regiere und schädige man Travemünde nur. Der Vorsitzende der Travemünder Behörde, Senator Dr. Stoos, wie wie ein Fißt auf seinem Thron und kümmerle sich blätternig um Travemünde, dessen hohe Einkommensteuer man nur einstecke usw. Wenn man weiß, welche dieser unperzintesten riesigen Aufwendungen gerade Lübeck für Travemünde gemacht hat, so kann man die wenig dieser Lasten gerecht werdenden Auslassungen Dr. Rehders sich nur durch mangelnde Sachkenntnis erklären, die auch aus anderen dort gehaltenen Reden herausklang. Was soll man beispielsweise dazu sagen, daß Beschlüsse gefaßt wurden in der Zeit unserer Kohlen- und Verkehrsnot über den Ausfall von Theaterzügen! Auch das Mitglied der Behörde für Travemünde, Herr Köhler, stimmte in das allgemeine Klageklage ein, ohne zu sagen, welche Anregungen denn er in der Behörde gegeben hat, deren Verwirklichung in der Zusammenlegung der Behörde gesheltert sei. Wir sind der Meinung, daß alle sich in diesen schweren Zeiten Beschränkungen aufzuerheben

haben, auch die Travemünder, die in diesem besser gestellt sind, wie die Bewohner anderer eingemeindeter Teile. Neben andere Zusammenlegung der Behörde, in der die Sozialdemokratie nur durch einen Deputierten vertreten ist, läßt sich selbstverständlich reden, nur darf man davon nicht alles Heil erwarten. Auch nicht, wenn Herr Dr. Rehder Mitglied würde.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Von einer Katze totgebissen. Als der Obsthändler Bogt am Mittwoch seine im Klempner belegene Wohnung betrat, in der das neun Wochen alte Löchlerchen in der Wiege liegend allein anwesend war, fand er das Kind tot auf. Bider Schaum stand dem Kind vor dem Mund. Die in der Wohnung befindliche Katze rasste wie besessen in der Wohnung umher. Bei näherer Untersuchung der Leiche fand man das Kind mit Biß- und Kratzwunden bedeckt. Die wildgewordene Katze hatte das Kind zu Tode gebissen. Die Katze, die sonst stets im Stall eingeschlossen war und auf unerkennliche Weise in die Wohnung gelangt ist, wurde sofort getötet. — Gestrandeter Dampfer. Der amerikanische Dampfer „Wollata“ ist auf der Recke nach Hamburg bei Verschleppung gestrandet. Die Besatzung wurde geborgen.

Hamburg. Die „kommunistische Arbeiterzeitung“ ist Donnerstag bereits den dritten Tag ausgeblieben. Sollte gar der Betriebsstoff ausgegangen sein?

Lenzen a. d. Elbe. Eine gute Beute machte eine Bootspatrouille der Reichswehr auf der Elbe bei Lenzen. Das Boot hatte Schaden am Steuererker erlitten. Bei seinem erzwungenen Aufenthalt entdeckte die aus Marineangehörigen und Kriminalbeamten bestehende Besatzung zwei Elbfische, die mit Zucker beladen waren. Die einen Millionenwert darstellende Ladung, die in Lenzen verschoben werden sollte, wurde beschlagnahmt.

Wandsbek. Die schlechte Ablieferung der Landleute kam auf einer vom Landrat des Kreises Stormarn einberufenen Versammlung der Gemeindeverordeten und der Erntepflegerkommission zur Sprache. In Brotgetreide seien bis jetzt etwa 50 Proz. abgeliefert, an Hafer 8 Proz., an Gerste 6 Proz., und an Hülsenfrüchten auch nur etwa 8 Proz. Es sind von der Reichsgetreidestelle Druschergebnisse in Kräfte konstatiert, die das geforderte Quantum um ein Bedeutendes übertreffen. Einige erklärten, es sei bei ihnen gar kein Probedrusch vorgenommen worden. Es stellte sich durch die Aussprache heraus, daß ein Herr Taubmann aus Lübeck, der als Kontrolleur für die R.-G.-St. tätig ist, verschiedentlich bei den Landleuten Umfragen nach dem Ergebnis gehalten und dabei zwar gefordert ist, aber praktische Drusche sollen nicht vorgenommen sein. Es soll bei sämtlichen in dieser Sache aufgeführten Landleuten eine Umfrage gehalten werden. Betreffs der Kartoffelversorgung des Kreises teilte Herr Barthol mit, daß von der benötigten Menge von 215 000 Zentnern bis jetzt etwa 115 000 Zentner abgeliefert seien, also seien noch 100 000 Zentner zu beschaffen. Es müßte an die Landleute eine Prämie von 2,50 Mark nachbezahlt werden, obgleich die Provinz schon von vornherein einen höheren Preis gezahlt hätte, nur um das fehlende Quantum auf alle Fälle noch herauszubekommen. Gegen eine Nachzahlung der Kartoffelprämie wandte sich der Beigeordnete Schmidt, da es jetzt die Vermuten der Nemen trafe, während die Befreierstellen sich schon im Herbst eingedeckt hätten. Wie der Berichterstatter des „Hamburger Echo“ bemerkt, konnten in einer Sitzung des Fleischausschusses die Belege über verschiedene Probedrusche vorgelegt werden, die von Herrn Neufang, Juelshorn, und mehreren Gutsverwaltungen und Amtsvorstehern unterstempelt und unterschrieben waren. Dieses stellt die Neupferungen und Darstellungen der Herren in das rechte Licht.

Hamburg. Stilllegung der Eisenbahnhauptwerkstätte. Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes ist die Eisenbahnhauptwerkstätte Hamburg am 12. Februar geschlossen worden. Sie wird demnächst unter Arbeitsbedingungen wieder eröffnet, die die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und erhöhte Arbeitsergebnisse ermöglichen. Aufgenommen werden bei erheblicher Einschränkung der Belegschaften nur solche Arbeiter, die sich zu dem mit den Gewerkschaften bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen vereinbarten Arbeit im Gedinge und zu einer täglichen Arbeitszeit von zehn bis zwölf Stunden verpflichten.

Flensburg. Die Abstimmung in der zweiten Zone in Nordschleswig wurde am Sonntag, den 14. März, verschoben. — Endgültiges Ergebnis der Abstimmung. In der ersten Zone wurden insgesamt 100 382 Stimmen abgegeben, und zwar 75 151 für Dänemark und 25 231 für Deutschland.

Warnemünde. Eine Schmugglergeschichte, die sich in Warnemünde kürzlich zugetragen hat, wird der „Warnemünder Zeitung“ erzählt: Kommt in Warnemünde Ende voriger Woche ein auswärtiger Schmuggler mit zwei Koffern an, in denen er Silberfäden und Nickelzinkstabe verpackt hatte, um sie ins Ausland zu verschleusen. Er findet auch einen Fischer, der ihn gegen Entgelt von 500 Mt. mit seinem Boot nach Dänemark bringt, damit er nicht die Passkontrolle zu passieren braucht. In Dänemark angelangt, setzten der Fischer und sein Begleiter den Schmuggler an Land. Kaum, daß dieser an Land ist, stoßen sie mit ihrem Boot ab und fahren mit den beiden Koffern davon und nach Warnemünde zurück, den Schmuggler in Dänemark ohne seine wertvolle Ware zurücklassend. Auf dem Rückwege hat der Fischer dann die Koffer aufgeschnitten, dessen Inhalt beraubt und, um ganz sicher zu gehen, damit die Ware nicht bei ihm vorgefunden wird, diese mit Hilfe seines Hilsenmannes auf dem Heuboden einer Schankwirtschaft unter Heu versteckt, wo sie von der Polizei vorgefunden wurde. Die Sachen sind beschlagnahmt und mit einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft in Rostock gelandt.

Oldenburg. Der Landtag war am Mittwoch zu seiner achten Vollziehung zusammengetreten. Die Tagesordnung wies 26 Punkte auf, die nicht in einem Tage erledigt wurden. Der 1. Punkt betraf den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg betr. die Gewährung von Kriegszulagen an staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter, sowie an Lehrer an den Volksschulen usw., und der Entwurf eines Gesetzes betr. die Gewährung von Kriegsteuerungsbeiträgen an auf Wartegeld gestellte oder in den Ruhestand versetzte Zivil-Staatsdiener, Lehrer und Gendarmen. Die Beamten waren als Zuhörer so zahlreich erschienen, daß die Tribünen dicht gefüllt waren. Der Ausschussbericht wurde einstimmig vom Landtage angenommen. Die Leuerungsulagen betrafen im ganzen die in der Nebenanlage A geordneten Bezüge der oldenburgischen Beamten mit denen der Beamten in Preußen und im Reich. Neben den bisher als „teuer“ anerkannten Orten noch eine Anzahl Orte in allen drei Landesteilen in die Reihe der teuren Orte aufzunehmen, steht die Nebenanlage B vor. Der Ausschuss war bei der Beratung in seiner Mehrheit der Ansicht, nur die Orte als teuer anzuerkennen, die vom Ministerium und vorher vom Reich als teure Orte anerkannt sind. Man könne nicht allen Anforderungen gerecht werden, da immer Meinungsverschiedenheiten über teure Orte bestehen bleiben werden. Es lagen noch viele Petitionen von Orten vor, die als teuer anerkannt werden wollten. Diesen Orten steht es bis zum 1. April d. J. frei, sich an die Reichsregierung zu wenden. Werden sie vom Reich als teure Orte anerkannt, müssen sie auch vom Ministerium als solche anerkannt werden. Nach dem 1. April 1920 wird mit der Neuordnung der Besoldungsordnung das Reich auch die Neuordnung der teuren Orte vornehmen. Nachdem der Landtag das Zulagengesetz in erster Lesung angenommen hatte, leert sich die Tribünen. Das Siedlungsgesetz für den Landesteil Oldenburg wurde mit einigen Änderungen in erster Lesung angenommen. Die Regierung erklärte, mit dem Gesetz, so wie es angenommen ist, nicht zufrieden zu sein. Sie will zur zweiten Lesung recht erhebliche Änderungsanträge stellen. Zu dem Gesetz für den Gesamtstaat Oldenburg betreffend Verpachtung von Landmirt.

schafflichen kleinen Grundstücken erklärt die Regierung von vornherein, sie sei mit den aus dem Ausschuss hervorgegangenen Änderungen nicht einverstanden. Auch hierzu wird sie neue Anträge zur 2. Lesung stellen. Die Beratung über diesen Gesetzentwurf wurde vertagt. — Der Landtag nahm das Gesetz wegen der Abfindung des Großherzogs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an. Danach geht der Kronprinz in Staatsbesitz über. Dem Großherzog verbleibt allein das Gut in Schloß.

Oldenburg. Weit über eine halbe Million für drei Hengste erzielte der Richter Lübbe-Süßwörden. Er verkaufte den Hengst „Patriot“ für 250 000 Mt. an die Bayerische Hengstzuchtgenossenschaft; „Gildemeister“ für 175 000 Mt. an die Hengstzuchtgenossenschaft in Sillenfeld; „Gollo“ für 120 000 Mt. an Hermann Schilt-Hammelwarden, 450 000 Mt. brachten zwei Hengste dem Richter Nicolaus Vender-Moorsee, und zwar verkaufte er „Gruion“ für 300 000 Mt. an die Ruhrwälder Hengstzuchtgenossenschaft und einen anderen Hengst für 150 000 Mt. Gänig und Müller-Einshamm verkauften den Hengst „Gabel“ für 150 000 Mt. an die Ammerländische Hengstzuchtgenossenschaft in Westerstede. Sonst wurden für die Hengste durchschnittlich 25—75 000 Mt. bezahlt. Die Tiere, die nach Holland gingen, kosteten durchweg 100—150 000 Mt. — Georg Cordes-Hohenberg verkaufte einen auf der Dövelshöner Tierchau mit der Staatsprämie ausgezeichneten Bullen an die Bullenzuchtgenossenschaft in Bardowisch in Stedingen für 60 000 Mt. Ein Holländer hat eine bei Carolinenhof gelegene Landstelle in Größe von 12 Hektar für 300 000 Mt. gekauft, also pro Hektar 25 000 Mt. — Wird der Mann über die niedrigen Preise landwirtschaftlicher Produkte schimpfen!

Neueste Nachrichten.

Verbot des Gastwirtspreises in Frankfurt a. M.
U. Frankfurt a. M., 13. Februar. Generalleutnant von Stolzmann, der für die Dauer der Verhängung des Ausnahmezustandes die vollziehende Gewalt im Bereiche des Reichswehrbrigaden-Kommandos 11 übernommen hat, hat, wie aus Kassel gemeldet wird, auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 und im Einverständnis mit dem Regierungskommissar Dr. Schwander folgendes verfügt: Gastwirtsstätten und Gasthäuser sollen unter Erweiterung des Paragraphen 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 unter den Begriff „lebenswichtige Betriebe“ fallen. Die vom 15. bis zum 28. Februar im Bezirk Frankfurt a. Main beschäftigte Schließung der Gastwirtsstätten und Gasthäuser wird hiermit verboten. Zuwiderhandlungen werden, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder 15 000 Mark Geldstrafe geahndet.

Eine stürmische Protestkundgebung gegen das Auslieferungsgesetz.

U. Freiburg i. Br., 13. Februar. Einen stürmischen Verlauf nahm eine Protestkundgebung gegen das Auslieferungsgesetz der Entente. Nachdem einige kommunistische Redner, welche gegen die Auslieferungsgesetze immer wieder durch Zwischenrufe zu tören suchten, zur Ruhe gebracht worden waren, kam es zu großen tumulten, die schließlich mit einer wilden Schlägerei endeten, wobei mit Säulen und Stöcken geschlagen wurde. Nachdem einige der Hauptredner an die Luft gesetzt waren, erhielt ein Sprecher der Kommunisten das Wort. Er wurde aber von der Versammlung niedergeschrien. Die Versammlung nahm dann später einen ruhigeren Verlauf und wurde mit einer Kundgebung gegen das Auslieferungsgesetz geschlossen.

Die politische Schwankung der Entente.
U. Basel, 13. Februar. Der Pariser Korrespondent der „Baseler Nationalzeitung“ sagt das Ergebnis der jetzigen Konferenz der Botschafter dahin zusammen: Man sei sich in Paris durchaus darüber klar, daß nunmehr in London die Brücken zur bisherigen auswärtigen Politik der Entente abgebrochen worden seien.

Ein französisch-jugoslawisches Bündnis gegen Itali.
U. Rom, 13. Februar. Eine gewaltige Aufregung verursachte eine Enthüllung der „Dea Nazionale“. Es handelt sich um zwei Dokumente, die aus Wien bekommen hat. Das erste Dokument enthält eine Anfrage der jugoslawischen Regierung an die französische Regierung wegen einer Militärkonvention zwischen beiden Ländern, die direkt gegen eine Mittelmeerfahrt gerichtet sein soll. Es handelt sich hier um Italien. Das zweite Dokument stammt aus Frankreich und enthält eine Reihe von Bemerkungen einer Kommission, die von der französischen Regierung mit der Prüfung der jugoslawischen Frage betraut worden war. Die Kommission schlägt vor, daß im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und der erwähnten Mittelmeerfahrt, Jugoslawien nicht direkt eingreifen, sondern neutral bleiben soll, um die Angriffe feindlicher Mächte zu verhindern.

Militärische Maßnahmen in Polen.
U. Krakau, 13. Februar. Das polnische Kriegsministerium verfügte die erneute Musterung der Jahrgänge 1897 bis 1901. Alle erteilten Aufträge, sowie Entlassungen der Militärschulung wurden rückgängig gemacht. Die Musterungen finden in der Zeit vom 15. Februar bis 20. März statt.

Geschäftsbeziehungen zwischen Franzosen und Deutschen.
U. Genf, 13. Februar. „Leit Journal“ hat bei mehreren französischen Handelskammern und Syndikaten herumgefragt, ob nicht, nach Wiederherstellung der normalen Beziehungen, sich schon deutsche Kaufleute gemeldet hätten. Man antwortete, daß schon viele Angebote aus Deutschland vorliegen, die aber meistens auf schriftlichem Wege gemacht worden wären, doch seien auch schon einige deutsche Kaufleute persönlich gekommen. Man habe sie höflich, jedoch kühl empfangen und viele Geschäfte hätten sie noch nicht gemacht.

Der Friedensvertrag ist nicht unantastbar.
U. Aus dem Haag, 13. Februar. Eine Londoner Meldung des „Handelsblat“ teilt aus der Rede Lord Curzon's nach folgende Stelle mit: Die Leute, die den Friedensvertrag abgeschlossen haben, haben ihr Bestes getan. Es muß sich aber erst zeigen, ob ihre Arbeit gut oder schlecht war. Ich sehe den Friedensvertrag nicht als etwas Unantastbares an; vieles daran wird mit der Zeit revidiert werden müssen. Nach der Ratifizierung geben wir die Beziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Wenn Deutschland aufrichtig bereit ist, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so werden wir unser Bestes tun, um ihm dabei zu helfen und ihm einen Platz im Kreise der zivilisierten Völker wieder zu verschaffen.

Briefkasten.
D. S. Kapitans- und Steuermannsschulen befinden sich in Helsingfors. Wenn Sie diese besuchen wollen, müssen Sie Kenntnis der finnischen und schwedischen Sprache besitzen.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Pöhl.

Unternehmer, „Unabhängige“ und Betriebsrätegesetz.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ führt auch nach der Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes in ihrem wütenden Kampfe gegen das darin vermittelte Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fort. Das Gesetz werde die ohnehin schon durchlöcherter Betriebsdisziplin vollends ruinieren; es sei ein Wirtschaftskampfgesetz, das die Enteignung des selbständigen Unternehmertums, die Sozialisierung auf dem Umwege über die Nebenregierung der Betriebsräte bewirken müsse.

Diesen Feldzug gegen das Betriebsrätegesetz nimmt die „Freiheit“ den Unternehmern außerordentlich übel. Das Zentralorgan der „Unabhängigen“ lehnt den Auslassungen des Unternehmerblattes eine kleine Liebeserklärung an das Betriebsrätegesetz entgegen:

„Die Klügel, mit denen das Unternehmerorgan dieses Gesetz überschüttet, können einen fast verleihten, dem Unglückswurm ein wenig mehr Zuneigung zuzuwenden. Das Gesetz ist nach der Betrachtung des Blattes verkleideter Bolschewismus, losgelassen durch die Spekulationspolitik der Mehrheitsparteien, vor allem der Sozialdemokraten, die ihr „usurpiriertes Regiment befestigen“ wollen, um die „wirtschaftspolitischen Glaubenssätze des Exkursives Programms zur Verwirklichung zu führen.“ So jorntig schrieb die „Arbeitgeberzeitung“ über die Rechtssozialisten schon lange nicht mehr.“

Die „Freiheit“ fügt hinzu, daß die Arbeiterschaft gegenüber dieser Aufregtheit doppelt ruhig bleiben werde. Sie werde überall ohne Unterschied der Richtung und der Bewertung des Gesetzes an den Wahlen teilnehmen und von dem Gesetz und den darin gegebenen Befugnissen jeden Gebrauch machen, den das Gesetz nur zuläßt. Und sie fügt die Drohung hinzu, daß, wenn die Unternehmerschaft Miene machen sollte, den Boden dieses Gesetzes zu verlassen und seiner Anwendung Schwierigkeiten zu bereiten, es allerdings geschehen könne, daß der Boden des Gesetzes Kampfboden wird.

Soweit die „Freiheit“. Die geläutert wiedererstandene „Freiheit“. Hätte sie so vor dem 13. Januar geschrieben, so lebten die 42 unnützen Opfer dieses blutigen Putschtages noch. Und dabei hätte es schon damals genau so nahegelegen, wie heute, den wahren Charakter des Betriebsrätegesetzes zu erkennen. Denn schon damals liefen die Unternehmer in der wildesten Weise Sturm gegen die Betriebsdemokratie, die Grundlage der Betriebssozialisierung, wie sie das Gesetz vornimmt. Und schon damals drohten die Unternehmer mit Stilllegung ihrer Fabriken und allen möglichen anderen Gewalttätigkeiten, um die Annahme der Vorlage zu verhindern. Ein gar nicht großes Maß von Weitsichtigkeit hätte genügt, um zu erkennen, daß wilde Demonstrationen gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes nur das Spiel des alten Scharfmachergeistes spielten.

Aber es bedurfte wohl erst der 42 Toten, des Belagerungszustandes und der Zeitungsverbote, damit bei den „Unabhängigen“ eine Spur von Vernunft ihren Einzug hielt. Pfeift doch jetzt der Wind bei ihnen überhaupt aus einem anderen Loch, als vor dem 13. Januar. Mit besonderer Genugtuung berichtet die „Freiheit“ ausführlich über den Beschluß einer Leipziger Vertrauensmänner-Sitzung, der eine entschiedene Abjage an die Gewalt- und Putschpolitik enthält. In dieser Funktionärerversammlung wurde beschlossen, daß die U. S. P. D. unter Ablehnung jeder revolutionäromantischen separatistischen Bestrebung durch Wort und Schrift auf die Eroberung der politischen Macht hinarbeiten will. Nur durch Wort und Schrift! Ein Zusatzantrag des Dr. Kurt Geyer, daß man auch „durch die Tat“ für die Eroberung der politischen Diktatur wirken wolle, wurde ausdrücklich abgelehnt. Hätte die U. S. P. D. stets so klar gesprochen, dann wäre nicht in den Köpfen ihrer Anhänger jene politische Verwirrung entstanden, die sich in den Putsch vom Januar 1919 bis zum Januar 1920 entladen hat. Aber freilich, erst vor kurzem hat ja Karl Rautsky in der „Weltbühne“ auseinandergesetzt, daß die U. S. P. D. eigentlich zwei Parteien umfaßt, von denen die eine auf dem Boden der Verfassung radikale Oppositionspartei sein will, während die andere an eine unmittelbar bevorstehende neue Weltrevolution glaubt und ihre Taktik darauf einstellt. Dieser letztere, viel größere Teil hat Däumig und Crispian zu Parteivorständen erhoben und die

Rautsky, Hilferding und Genossen in den Winkel gedrückt, daß sie nicht einmal mehr quatschten, sondern angstvoll schwiegen. Erst als Kuhnicker des Belagerungszustandes sind die Rechts-„Unabhängigen“ wieder zu Atem gekommen.

Im Interesse einer geordneten Entwicklung wollen wir hoffen, daß ihr Atem, ihre Vernunft, ihr Mut und ihr Einfluß recht weit reicht. Eine verständige Würdigung der großen Errungenschaft des Betriebsrätegesetzes ist jedenfalls ein guter Weg dazu.

Arbeiterbewegung.

Abbruch der Vertragsverhandlungen in der Holzindustrie. Der langwierige Kampf, den der Deutsche Holzarbeiterverband um die Anerkennung des Reichstarifvertrages geführt hat, ist nunmehr beendet. Bekanntlich ist der nach mehrmonatigen Verhandlungen vereinbarte Reichstarif, der am 1. September 1919 in Kraft treten sollte, vom Arbeitgeber-Schutzverband abgelehnt worden. Die Folge waren zahlreiche örtliche Kämpfe, bei denen meist auch neue Lohnforderungen gestellt wurden. Schließlich hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen. Ein von diesem eingeleitetes Schiedsgericht entschied, daß der Reichstarifvertrag in Kraft tritt. Die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse sollen nach Verfindung des Betriebsrätegesetzes diesem angepasst werden, und gleichzeitig sollen Verhandlungen über Aenderung sonstiger Vertragsbestimmungen stattfinden.

Die Parteien verhandeln dann über eine neue Lohnregelung, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Darauf verfügte der Arbeitsminister die Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts. Dieses fällt einen Schiedsspruch, der im wesentlichen besagt: Alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre erhalten vom 12. Januar an auf die bestehenden Löhne eine Teuerungszulage, die pro Stunde beträgt: in den Ortsklassen I und II 1 Pf., III und IV 80 Pf., V und VI 80 Pf. Die Zulage vermindert sich für Arbeiter und Arbeiterinnen von 20 bis 22 Jahren um 10 Pf., für solche von 18 bis 20 Jahren um 20 Pf., und für solche von 16 bis 18 Jahren um 30 Pf.

Der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter beträgt vom gleichen Zeitpunkt ab pro Stunde

Ortsklasse	I	II	III	IV	V	VI
	4,20	3,95	3,70	3,45	3,20	2,95

Von diesen Sätzen beträgt der Durchschnittslohn der Hilfsarbeiter 85 Prozent, der Facharbeiterinnen 70 Prozent und der Hilfsarbeiterinnen 55 Prozent. In den Altersklassen von 20 bis 22 Jahren ist der Vertragslohn um 20 Pf., von 18 bis 20 Jahren um 40 Pf., und in denen von 16 bis 18 Jahren um 60 Pf. niedriger als die angegebenen Sätze. Die Mindestlöhne sind durchweg 10 Prozent niedriger als die Durchschnittslöhne. Weitere Bestimmungen des Schiedsspruches betreffen die Anrechnungsfähigkeit der seit dem 1. Dezember gewährten Zulagen auf die neue Teuerungszulage.

Diese letzteren Bestimmungen sind unklar und deutungsabhängig. Sie waren ein Hauptgrund dafür, daß die auf den 1. und 2. Februar nach Berlin berufene Städtekonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegen die Annahme des Schiedsspruches ernste Bedenken hatte. Schließlich wurde aber mit erheblicher Mehrheit beschlossen, die Schiedssprüche anzunehmen.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe hatte für den gleichen Zeitpunkt eine Generalversammlung einberufen. Hier wurden beide Schiedssprüche abgelehnt. Der Schutzverband erklärte sich aber bereit, erneut zu verhandeln. Am 3. Februar, an dem die den Parteien für ihre Erklärung gestellte Frist abließ, fand eine neue Aussprache im Arbeitsministerium statt, die jedoch wiederum zu keinem Ergebnis führte. Nunmehr zogen die Arbeitgeber ihre bereits abgegebene Erklärung zurück und erklärten dem Vertreter des Arbeitsministeriums zu Protokoll, daß auch der Arbeitgeber-Schutzverband die Schiedssprüche annimmt.

Damit sind die langwierigen Verhandlungen im Holzgewerbe beendet. Der Reichstarif ist in Kraft getreten und die neuen Lohnsätze müssen rückwirkend vom 12. Januar gezahlt werden. Zahlreiche Lohnkämpfe in verschiedenen Teilen des Reiches sind nunmehr in befriedigender Weise beigelegt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 13. Februar.

Die Lübecker Handelskammer hat beim Reichspräsidenten Einspruch gegen die Auslieferung deutscher Führer erhoben.

Eine öffentliche Volksversammlung, die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen einberufen und stark besucht war, tagte am Mittwochabend in den „Zentralhallen“. Der Vorsitzende des Bundes der Ortsgruppe Lübeck, Herr Kuhlmann, sprach über „Die heutige wirtschaftliche Lage der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsgefangenen und Kriegshinterbliebenen.“ Er betonte zunächst, daß die Rentenzulage der Kriegsbeschädigten unzureichend und weit geringer als Teuerungszulage der Beamten usw. sei. Ende April dieses Jahres kämen etwa 1.350.000 Entschädigungsberechtigte in Frage. An dieser riesigen Aufgabe müsse das gesamte Volk mitarbeiten. Die früheren Verpflichtungen der Regierung bezüglich der Versorgung müßten erfüllt werden. Der Redner schilderte dann ausführlich die Verteuerung der Lebenshaltung und wie besonders die Not der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hervor. Ein Blinder könne mit einem Jahreseinkommen von 3125 Mk. nicht leben. Ähnlich so sei es mit den 100prozentigen Erwerbsunfähigen, die pro Monat 147 Mk. erhalten. Die Entschädigung für Bein- und Armaмпutirte von durchweg 22 Mk. die Woche sei ebenfalls zu gering. Auch die entlassenen Kriegsgefangenen müßten besser versorgt werden. Gefordert wird eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe und eine Erhöhung der Renten. Die Nationalstiftung soll der amtlichen Fürsorge übergeben und den Kriegsbeschädigten ein Mitbestimmungsrecht bei der Fürsorge eingeräumt werden. Für die Wohlfahrtspflege müsse vom Reich eine Summe bereit gestellt werden. Das Gesetz über den Einstellungszwang der Kriegsbeschädigten sei sofort in Kraft zu setzen. Die Erfahrung hätte leider gezeigt, daß ihre berechtigten Forderungen nur dann erfüllt würden, wenn man entschieden fordere und das ganze Volk sie in diesem Kampfe unterstütze. An der Aussprache kritisierte ein Redner besonders die schwerfällige und langsam arbeitende Verwaltungsapparatur. Der „Unabhängige“ Süke war mit der politischen Neutralität des Bundes nicht zufrieden. Er meinte, ohne Politik zu treiben, könne man heute nichts erreichen. (Durch die Schaumfängerel der „Unabhängigen“ erreicht man ganz gewiß nichts. Red.) Dann leistete sich Süke in seinen weiteren Ausführungen eine ganz niederrichtige Verleumdung, die wir öffentlich festnageln müssen. Unter Hinweis auf den traurigen Ausgang der Demonstration in Berlin vor dem Reichstagsgebäude, meinte er, daß Demonstrationen der Arbeiter keinen Zweck hätten; die Regierung kümmerle sich doch nicht um die Forderungen der Arbeiter und übrigens hätte Kostel gesagt, daß die Kugeln losse in der Bistole lägen. Diese Worte Kostels im Zusammenhang mit der Demonstration zu bringen, ist eine so ungeheure Demagogie, die wohl nicht zu überbieten ist. Süke sagte damit, daß Kostel leicht auf Demonstranten schießen wolle. In Wirklichkeit bedeuten die Worte Kostels das Gegenteil. Kostel gebrauchte die Worte in Bezug auf das Attentat gegen Erzberger. Er sagte damit, daß in den Bistolen, die die alldeutschen Feinde der Regierung in Besitz haben, die Kugeln losse lägen. Daß man also weitere Attentate befürchten könne. Das Gebären Sükes ist derartig frivol, daß es keine Worte gibt, um es während zu brandmarken. Wer mit solchen gemeinen Mitteln kämpft, hat jede Achtung verloren. Der Referent lehnte in seinem Schlusswort jede politische Betätigung des Bundes ab. Ebenso verwahrte er seine Organisation dagegen, mit dem am Eingang des Saales vertriebenen sozialistischen Flugblatt etwas zu tun zu haben. Die einstimmig angenommene Entschließung enthält folgende Forderungen: „Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe, sofortige wesentliche laufende Rentenerhöhung, Uebertragung der Mittel der Nationalstiftung an die amtliche Fürsorge unter weitestgehender Mitwirkung der Hinterbliebenen, Fortgewährung der Mittel der Kriegswahrschafferspflege und unverzügliche Verabschiedung des Gesetzes über den Einstellungszwang.“

Strohkammer. Wegen Milchfälschung war der Milchhändler Ried am 16. Dezember v. J. vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Am Mittwoch wurde die Sache in der Berufungssitzung vor der Strafkammer verhandelt. Der Angeklagte hatte, wie wir seinerzeit berichteten, seine Kitermaße vorher mit etwas Magermilch gefüllt, dann Vollmilch hinzulassen und diese Mischung als Vollmilch verkauft. Vom Schöffengericht war R. nicht nur wegen Milchfälschung, sondern auch wegen Höchstpreisüberschreitung bestraft worden. Der Verteidiger betonte besonders, daß Höchstpreisüberschreitung nicht vorliege. Der Staatsanwalt plädierte in dieser Streitfrage dem Verteidiger bei, vertrat aber den Standpunkt, daß der Angeklagte nicht nur wegen Milchfälschung, sondern auch wegen Betruges zu bestrafen sei. Das Gericht hob das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte wegen Nahrungsmittelfäl-

Christian und Lea.

Eine Erzählung von Leopold Kompert.

11. Fortsetzung.

Nur an dem Sterbetage der alten Babc waren die bösen Geister jenes Sabbats wieder in ihm laut geworden; die alte Frau war, ohne daß eine Krankheit vorhergegangen wäre, in das Jenseits hinüber entschlummert. Aber einige Tage vor ihrem Tode mochte sie gefühlt haben, daß ihre Lebensstunden gezählt waren, und sie hatte darum ihre letzten Verfügungen getroffen. Sie tat das in einer Weise, daß eigentlich niemand ihre Absicht erriet. Erst als sie in der kühlen Erde lag, ergab es sich, daß sie die lehrreiche Granatenschnur, die ihr höher als ein Königsschmuck gegolten, an ein anderes Enkelkind, die Tochter ihres bereits verstorbenen Sohnes, verschenkt hatte. Sarah war leer ausgegangen.

Als Wolf die mit der Granatenschnur geschmückte Frau an einem der nächsten Sabbate in die Weiberchule gehen sah, lachte es in ihm wild auf, und er fühlte ein Gefühl in sich, den seiner Sarah von Rechts- und Gotteswegen gehörigen Schmuck vom Halbe der Verwandten herabzureißen. Es war nicht Reid, was ihn erfüllte, vielmehr der dunkle Gedanke, daß diese Granaten an einem fremden Leibe ihn immer wieder an die verhängnisvolle Prophezeiung der Babc erinnern müßten. Wie ganz anders hand es um ihn, wenn sein Weib in den Besitz dieser Steinchen gelangt wäre, die ein so rotes Licht von sich werfen!

Christian war mittlerweile zwölf Jahre alt geworden, während Lea nur um ein Jahr weniger zählte. Der Knabe hatte in der Schule gelernt, was dort zu lernen war, und der Schulmeister sagte, er wisse nicht mehr genug für Christian. Er gab Sarah den Rat, sich um eine andere Beschäftigung für den Knaben umzusehen.

Daran hatte Sarah in ihrer Sorge für das Kind schon lange gedacht; dennoch fiel es ihr schwer, schon jetzt zu einer Tat zu schreiten, die ihr den Knaben unter fremde Leute brachte. Es lebte in dem Gemüte dieser Frau eine Furcht, deren sie sich nur schwer entledigen konnte. Christian war erst zwölf Jahre alt — wie leicht konnten nicht plumpe Hände in einem Augenblicke zerfetzen, woran sie unermüdetlich und mit ihrem Herzblute so lange gearbeitet hatte?

Einmal fragte sie, als sie mit den Kindern sich allein befand: „Christian, hast du einmal schon darüber nachgedacht, was du werden möchtest?“

Noch ehe Christian eine Antwort geben konnte, rief Lea vor-

„Was Christian werden möchte, willst du wissen, Mutter? Ich weiß das schon lange.“

„Und mir sagst du es nicht?“ meinte Sarah mit einem traurigen Lächeln, und ihre Blide ruhten eine lange Weile mit durchdringender Klarheit auf dem Knaben.

„Du wirst es nicht erraten, Mutter!“ begann wieder Lea, indem sie dem blöde dastehenden Knaben mit der Hand über das erzdrende Antlitz fuhr, „aber Christian hat kein Hehl vor mir, und da hat mir schon, wie der Vater Feuer die Sufa (Lauhütte) aufschlug, und ich und er haben ihm dabei geholfen, da hat er zu mir gesagt: Weist du, Lea, was ich am liebsten werden möchte? Und was meinst du, Mutter, möchte Christian werden? — Ein Maurer!“

„Ein Maurer?“ rief Sarah voll Verwunderung. „Warum gerade das Handwerk? Da muß er ja sehr hohe Türme bauen und ist seines Lebens nicht sicher!“

„Christian weiß schon, warum er ein Maurer werden will und nichts anderes!“ sagte Lea mit geheimnisvoller Miene. „Laß Christian reden!“ meinte Sarah, den Knaben sanft zu sich heranziehend. „Sag mir“, wandte sie sich zu ihm mit schmeichelndem Ausdruck, „wie bist du gerade auf diesen Gedanken gekommen?“

Da neigte sich die kleine Lea zu Sarahs Ohr und flüsterte ihr halblaut zu: „Weißt du warum? Christian hat mir versprochen, er will einmal, wenn er groß geworden ist, ein Haus bauen, für mich und für dich, und da wollen wir bei einander wohnen, und kein anderer soll darin wohnen als er und ich. Und weißt du noch was? Das Haus, was Christian bauen wird, das will er gerade an den Bach hinbauen, da wo sein Vater ertrunken ist, und wenn wieder ein Wasser kommt, da wird es uns nichts tun können; denn Christian wird auch eine große Stiege bauen, und darauf werden wir heruntersteigen, und das Wasser wird hinter uns fließen. Und darum will er ein Maurer werden.“

Ein Blick flammte vor Sarahs Seele auf — aber er erlosch alsbald; gleich darauf konnte sie mit ihrem gewöhnlichen sanften Lächeln sagen: „Schick dich das, Christian, daß du mir gar nichts verraten hast? Und mich willst du in deinem Hause nicht wohnen lassen? Und als der Knabe, um eine Antwort verlegen, nach rechts und links seine Augen warf, fragte sie ihn mit Ernst: „Weißt du wirklich ein Maurer werden, Christian?“

„Ja“, sagte er ohne Zögern.

„Und du wirst ein tüchtiger Maurer werden“, fragte Sarah, indem sie den Knaben noch mehr an sich heranzog, „einer, der auf Türme hinaufsteigt und sich nicht fürchtet?“

„Ja“, sagte Christian.

„Gut, da sollst du ein Maurer werden!“ rief Sarah mit Bestimmtheit, „und ich will trachten, daß du zu einem guten Lehrherrn kommst.“

Lea schlug aber freudig die Hände zusammen.

„Nicht wahr, Christian“, sagte sie, „wenn du bauen kannst, so baust du gleich das Haus für mich und für dich?“

Als Sarah den Entschluß des Knaben ihrem Mann mitteilte, stellte ein eigentümliches Lächeln von Befriedigung um seine Mundwinkel. Er verriet nicht, was er dachte, aber Sarahs scharfes Auge irrte nicht, wenn es auf seinem Antlitz las: Es ist gut, daß es so gekommen ist. Wolf versprach, mit Emigkeit sich umzusehen, um den Lehrmeister für Christian sobald als möglich zu finden. Schon nach einigen Tagen verkündete er, der Lehrmeister sei gefunden, aber, sagte er zögernd hinzu, Christian werde viel zu gehen haben, denn der Maurer, zu dem der Knabe in die Lehre kommen sollte, wohnte in der benachbarten Stadt, wohin ein guter Fußgeher vier Stunden zu wandern habe.

„Was gaderst du so, indem du mir das sagst?“ meinte Sarah. „Ich hab' gemeint, du wirst dir den zwölfjährigen Jungen noch nicht entwöhnen, Sarah?“

Am nächsten Montage machte sich Sarah mit dem Knaben auf den Weg nach der benachbarten Stadt. Christian trug das kleine Bündelchen mit Wäsche und Kleidungsstücken, die ihm Sarah aus den Ueberresten der ihr nach der Ueberflchwemmung gebliebenen Geschenke zurecht geschneidert hatte. Lea zeigte nicht die geringste Betrübniß; sie gab ihrem alten Gespielen das Gefesse über den Synagogenhof und ging dann lustig trillernd wieder in das Haus zurück. Wolf Ungar aber legte die Hand auf den Kopf des Knaben, es blieb unentschieden, was er damit ausdrücken wollte, und ließ ihn dann weiter ziehen.

Auch Christian war nicht so bewegt, als Sarah angenommen hatte. Freute sich der junge Vogel, daß er endlich einmal hinausgekommen? War ihm in ihrem Hause die Haft zu enge geworden? Sarah hatte darüber allerlei Gedanken, die jedoch, kaum ausgesprochen, wieder hinabsinken mußten in die tiefsten Bergänge ihrer Seele. Es war früh am Morgen, und von der Kirchenglöckle erscholl das Geläute zur Frühmesse. Sarah war mit dem Knaben durch die ganze „Gasse“ gekommen, da blieb sie vor einem kleinen Häuschen stehen, das die Grenze zwischen der Gasse und dem Ringplatz bildete. Dort wohnte die alte Bozema.

„Wirst du nicht noch einmal zu Bozema?“ fragte Sarah.

„Was soll ich dort?“

„Vielleicht laßt sie dir, was man zu tun hat, wenn man sich auf einen weiten Weg begibt und hat ein wichtiges Geschäft vor.“

„Frage sie nur — ich werde indessen auf dich warten.“

Christian ging in das Haus hinein und trat erst nach einer Viertelstunde aus demselben.

Fortsetzung folgt.

...ung und Betrug auf eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen und 1000 Mark Geldstrafe. In der Begründung des Urteils nannte der Vorsitzende das Vorgehen des Angeklagten eine nichterträgliche Handlungsweise. ... Ebenfalls wegen Mißhandlung war der Milchhändler Hoffmann am 16. Dezember v. J. vom Schöffengericht zu 3 Wochen Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. ...

Hochschule. Vergangenen Sonnabend sprach Hr. Eise Deipfer im Johanneum über „Die Notwendigkeit der Sprach- und Sprechkultur.“ Die Rednerin betonte, der Mensch müsse in jeder Lebensäußerung Persönlichkeit werden. ...

Hochschule. Am Sonnabend, dem 14. ds. Mts., abends 8 Uhr, wird Herr Prof. Dr. Bode im Gesangsraum des Johanneums über die „Verkehrssprachen der Erde“ einen Vortrag halten. ...

Hochschule. Für Hörer der Volkshochschule ist der Vortrag unentgeltlich. Nicht Hörer zahlen 1 Mk. ...

Mit der Verteilung von Unterstufungen aus der Wohlfahrts-Spende kann erst am 20. d. Mts. begonnen werden. Das Nähere darüber wird noch bekannt gegeben. ...

Hansa-Theater. „Das Mädel von drüben“ geht, dem Wunsche eines großen Teiles des Hansa-Theater-Publikums nachkommend, am Freitag wieder in Szene. ...

Aus dem Parteileben.

Den gewaltigen Aufschwung der italienischen Parteibewegung beweist hinlänglich der ungeheure Abonnentenzuwachs des „Avanti“, des Zentralorgans der italienischen Partei. ...

Reich und Ausland.

Fischvergiftung. In Nau en sind der Steuerinspektor Pfeifer und dessen Ehefrau an Fischvergiftung verstorben. ...

Die Fahrt eines Säuglings in der Hochwasserflut. Während des letzten großen Hochwassers der Weser hat auf ihren hohen Fluten eine Holzbrücke mit einem kleinen schreienden Säugling zwischen den Dörfern Beverungen und Blankenau (unterhalb Karlsruhens) eine eigenartige Rolle gemacht. ...

Verhaftung des Münchener Brudermörders. Zu dem aus München gemeldeten Brudermord des 17jährigen Gymnasiasten Wolf, der seinen 19jährigen Bruder erschoss und unter Mitnahme von Schmutz- und Silberstücken flüchtig geworden ist, wird gemeldet, daß der jugendliche Mörder gestern in einer Bar in München festgenommen wurde. ...

Heftige Schneestürme an den amerikanischen Küsten. An den Küsten des Atlantischen Ozeans wüthet, nach Meldungen aus Newport, seit einigen Tagen ein heftiger Schneesturm. ...

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zur Anschlußfrage.

Die Errichtung eines deutschen Einheitsstaates ist angehts unserer trostlosen Finanzlage eine Notwendigkeit. Die noch bestehende elende Kleinthaftigkeit kostet uns sehr viel Geld und enorme Arbeitskraft. ...

(Der Herr Einsender übersieht völlig, daß der Einheitsstaat vorläufig nicht zu erreichen ist, weil die Widerstände besonders in Süddeutschland — Bayern — noch viel zu groß sind. Gerade aber wenn ihm der Einheitsstaat so am Herzen liegt, wie uns auch, dann muß er dafür eintreten, daß die Provinz Lübeck in den Freistaat Lübeck aufgeht, mit dem sie selbst nach seiner eigenen Meinung wichtige wirtschaftliche und kulturelle Interessen verbindet. ...)

Die ungeteilte Dienstzeit bei den Behörden.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ schreiben in ihrer Morgen-Ausgabe vom Mittwoch, daß sich die ungeteilte Dienstzeit bei den Behörden nicht bewährt habe. Da haben sich die „Lü. Anz.“ wieder einmal etwas geleistet, ohne genügend unterrichtet zu sein. ...

Frau Rabbiner Dr. Esther Carlebach
in ihrem 68. Lebensjahr; sie folgte unserem guten Vater in die Ewigkeit noch ehe das Trauerjahr ganz beendet war.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Alexander Carlebach.
Beerdigung Freitag morgen 10 Uhr vom Trauerhause St. Annenstraße 13. (12987)

J. S. Wein
Am Markt 12, Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erfindungsmäßigere Mannfacturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Dammen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufsleistung.
12972

Neu! Neu!
Der Kleine Roman
Wöchentlich ein abgeschlossenes, illust. Heft mit farbigem Titelblatt
Vierteljährlich 6 Mk. Einzelheft 50 Pfg.
Nr. 1 Frank Wedekind: „Marianne“.
Nr. 2 Heine, Mann: „Schauspielerin“.
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: „Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen“.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Spar-Klub „So bi lütten“
(o. Restaurant Hintz, Fleischhauerstraße).
Großer Ball mit Kappen-Fest
im **Kolosseum**
Sonnabend, den 14. Februar 1920.
Anfang 6 Uhr.
Karten an der Abendkasse zu haben. (13008)
Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 3 (2) der Hafen- und Kutterordnung vom 17. August 1904 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Loten am Freitag, dem 27. Februar 1920, vormittags 8½ Uhr, im Bauamt Mühlenbamm 10, stattfinden.
Besuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Befügung eines kurzgefaßten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 20. Februar d. J. schriftlich an das Bauamt einzureichen.
Zugelassen werden nur Reichsbürger, die das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungstermine als angehende Schiffsführer mindestens 3 mal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Besitze eines Loten befahren haben.
Lübeck, 6. Febr. 1920. (12975) Die Baubehörde.

Dr. H. Prahl
Frauenarzt 12878
von der Reise zurück.
Von jetzt ab behandle ich auch Kassenmitglieder.
Zahnarzt 12983
Dr. med. Reinhold
Facharzt für Mund- und Zahnkrankheiten
Lindenplatz 4. Fernr. 3740.

Dr. H. Prahl
Frauenarzt 12878
von der Reise zurück.
Von jetzt ab behandle ich auch Kassenmitglieder.
Zahnarzt 12983
Dr. med. Reinhold
Facharzt für Mund- und Zahnkrankheiten
Lindenplatz 4. Fernr. 3740.

Th. Häveker
Schöne Futterrüben u. Futtermöhren empfiehlt (12982)
Th. Häveker
Beim Retteich 7/11.

Ia. Pferdeputzer
(aus nur best. Futtermitteln)
Härmelackputzer, Härtelackputzer, Gwelfelackputzer, Metallputzer, Schnitzel, Härtelie usw., bestes Wischen, Roggen-, Härtel- u. Senfpreßtrüb, 19008
vorzüglicher Härtel vorrätig bei:
Th. Häveker Beim Retteich 7/11

Die neuen Postgebühren
(gültig ab 1. Oktober 1919)
Preis 25 Pfg.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**

Neu erschienen ist:
Der Weg zur Wahrheit.
Führervertrauen und Führerhaß im Kriege von einem Frontoffizier.
Preis 1 Mk.
Buchhdl. **Fr. Meyer & Co.**

Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgebung bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß ich das **Restaurant Glockengießerstr. 28** käuflich erworben habe.
Indem ich stets bemüht sein werde, für gute Speisen und Getränke zu sorgen, bitte ich, mein junges Unternehmen gütig unterstützen zu wollen.
Antritt erfolgt am 15. ds. Mts. (12981)
Achtungsvoll
Wilhelm Both. (12981)

Geschäfts-Uebnahme.
Teile der werten Bewohnerschaft Marli mit, daß ich mein Geschäft an Herrn **Karl Metscher** abgegeben habe und spreche meinen besten Dank aus für die mir zuteil gewordene Unterstützung und bitte meine werte Kundenschaft, auch meinem Nachfolger dieselbe teilwerden zu lassen.
Hochachtungsvoll
Emil Gertz.
Einem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich die Schlichterei auf Marli des Herrn **E. Gertz** übernommen habe. Ich bitte, das Herrn Gertz geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen und bitte um gütige Unterstützung meines jungen Unternehmens.
Hochachtungsvoll (12980)
Karl Metscher, Marlistr. 43 a.

Bekanntmachung.
Da die Zustellung der Steuererklärungsformulare für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sich verzögert hat, wird die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen bis zum 29. Februar d. J. erstreckt.
Lübeck, 12. Februar 1920. (12989) Die Steuerbehörde.

Erzeugnisse Brauerei z. Walkmühle
Hansa-Brauerei A.G. Lübeck.
Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestrasse 50
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schirme usw.
Lederhandlungen
Franz Schütt,
vom Hof 12, Lübeck
Central-Lederwaren-Exp. Fabrik

Praktischer Wegweiser
Empfehlensw. Geschäfte
Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868
Berufliche Verkehrs-Zentrale
Bavaria-Brauerei
Sambor-Bräu
Biederlage Lübeck
Lübeckstr. 62a Tel. Nr. 474
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**
Die Brauerei **Schellbrauerei Kiel**
Zigarrenhandlungen
Ed. Böhren Holstenstraße 2

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu
Aktienbrauerei Lübeck.
Wilhelm Rahftob
Unterstraße 112 Telefon 637
vortreffliche Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen
Statzburg
Ratzburger Aktien-Brauerei

F. Fränkel, Lederwarenfabrik.
Lübeck (18010)
Breite Straße 28. Fernruf 1207.

